



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 21.10.2021

Niederschrift

über die **8. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 05.10.2021, 16:05 Uhr bis 17:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Lino Hammer GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE (ab 16.15 Uhr)
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Herr Jürgen Kircher	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Herr Eric Haeming	CDU
Herr Dirk Michel	CDU
Herr Dr. Christian Beese	Auf Vorschlag von FDP
Herr Max Pargmann	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Philipp Busch	AfD
Frau Karina Syndicus	Die FRAKTION (bis 16.40 Uhr)
Herr Hans-Peter Vietzke	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Stefan Götz	Auf Vorschlag von CDU
Herr Manfred Hemmersbach	Auf Vorschlag von CDU
Herr Holger Potthoff	Auf Vorschlag von CDU
Frau Gunda Wienke	Auf Vorschlag von DIE LINKE

Frau Monja Sauvagerd	Auf Vorschlag von Volt
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Luca Paglia	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (ab 16.15 Uhr)
----------------------	---

Verwaltung

Frau Andrea Gawlich	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Frau Sonja Rode	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Herr Rolf Stamm	Bauverwaltungsamt
Herr Patric Stieler	Amt für Verkehrsmanagement
Herr Gregor Waluga	Dezernat für Mobilität
Herr Beigeordneter William Wolfgramm	Dezernat für Umwelt, Klima und Liegenschaften

Schritfführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Mobilität
--------------------	------------------------

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Eva Kniel	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Stengle	Auf Vorschlag von SPD
Herr Uwe Lautenschläger	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzender Hammer eröffnet die 8. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung legt er dar, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. vom 04.10.2021 betr.
Tempo 30 in der Kyotostraße
AN/2107/2021
Tischvorlage

- zu 3.3 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom
04.10.2021
AN/2111/2021
Tischvorlage

- zu 3.6 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2021
AN/2088/2021
Tischvorlage

- zu 4.6 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom
04.10.2021
AN/2110/2021
Tischvorlage

- 4.8 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung und Finanzierung von hoch-
flurigen Stadtbahnwagen
3243/2020

- zu 5.2.2 Beantwortung der Anfrage AN/1958/2021
3422/2021
Tischvorlage

- 5.2.7 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom
27.09.2021 betr.
Maßnahmen gegen Tempoverstöße
AN/2065/2021

- 7.2.5 Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln (Linie 17) und Verknüpfung Linie 7
2921/2021

- 7.2.6 Barrierefreiheit Siegburger Straße und Zülpicher Platz
3274/2021

- 7.2.7 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer; bauzeitliche Verkehrs-
führung

3372/2021
Tischvorlage

7.2.8 Radverkehrsführung Kölner Ringe
Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung zu den Beschlussvorlagen 1571/2021
& 2650/2021
3391/2021
Tischvorlage

7.2.9 Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbau-
bereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Frei-
gabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung
hier: Ratsbeschluss vom 06.05.2021
3403/2021
Tischvorlage

7.2.10 Ausschreibung einer/eines Fußverkehrsbeauftragten
3406/2021
Tischvorlage

Zurückgezogen wurde TOP

5.2.6 Anfrage der Volt-Fraktion vom 24.09.2021 betr.
Tunnelbau Ost-West-Achse
AN/2057/2021

Vorsitzender Hammer lässt über die Dringlichkeit des TOP

1.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. vom 04.10.2021 betr.
Tempo 30 in der Kyotostraße
AN/2107/2021

wie folgt abstimmen:

Beschluss:

Die Dringlichkeit des Antrages AN/2107/2021 wird anerkannt; der Antrag wird in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

RM Wahlen bittet, den TOP

- 7.2.9 Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung
hier: Ratsbeschluss vom 06.05.2021
3403/2021

in die Tagesordnung der Sitzung am 23.11.2021 erneut aufzunehmen.

RM Lorenz beantragt, den TOP

- 4.4 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021

Zu vertagen; die SPD-Fraktion habe noch Beratungsbedarf.

SB Dr. Beese erkundigt sich nach der überarbeiteten Vorlage zur „Stellplatzsatzung“. Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, bestätigt, dass diese den Ausschuss bald erreichen werde.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und Zurückstellungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 23.09.2021 betr.
Vorlage eines jährlichen Berichts zum Zustand der Radinfrastruktur
AN/2047/2021

- 1.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. vom 04.10.2021 betr.
Tempo 30 in der Kyotostraße
AN/2107/2021

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 3.1 Neue Stadtbahnhaltestelle Sürth Süd auf der Linie 16
3549/2020

3.2 Baubeschluss für die Sanierung der südlichen Nebenanlagen auf der Militärringstraße zwischen Brühler Landstraße und Am Eifeltor in Köln Zollstock sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1008, Generalsanierung Radwege
1328/2021

3.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Expressbus-Netz
3735/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 04.10.2021
AN/2111/2021

3.4 Planungsbeschluss für eine ebenerdige barrierefreie Querungsmöglichkeit über die Luxemburger Straße zur Stadtbahnhaltestelle Weißhausstraße als Ersatz für die nicht barrierefreie Brücke
1525/2021

3.5 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2022 - 2026
1683/2021

3.6 Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2716/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2021
AN/2088/2021

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2412/2021

4.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der weiteren externen Ingenieur- und Dienstleistungen (HOAI, Leistungsphasen 1 bis 9) zur Realisierung der Maßnahme „Vierspuriger Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven" mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6604-1201-7-1002, vierspuriger Ausbau Frankfurter Straße, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen
3728/2020

4.3 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021

- 4.4 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021
- zurückgestellt -
- 4.5 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
2314/2021
- 4.6 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Ersatzneubau Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld
2591/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 04.10.2021
AN/2110/2021
- 4.7 Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2812/2021
- 4.8 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung und Finanzierung von hochflurigen Stadtbahnwagen
3243/2020
- 5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 5.1.1 Parkhäuser in der Innenstadt
Anfrage des Seniorenvertreters Meurers vom 22.07.2021
- 5.1.2 Künftige Förderung von Quartiersgaragen
AN/1759/2021
- 5.2 Neue Anfragen
- 5.2.1 Anfrage von Die Fraktion vom 13.09.2021 betr. Winterdienst des Radwegenetzes
AN/1955/2021
- 5.2.2 Anfrage von Die Fraktion vom 13.09.2021 betr. Potenzialanalyse Rheinpendel
AN/1958/2021

Beantwortung der Anfrage AN/1958/2021
3422/2021

- 5.2.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.09.2021 betr.
KVB-Fahrgastunterstände
AN/1971/2021
- 5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.09.2021 betr.
Verkehrliche Umgestaltung eines Teilbereiches am Ehrenfeldgürtel
AN/2012/2021
- 5.2.5 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.09.2021 betr.
Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen
AN/2013/2021
- 5.2.6 Anfrage der Volt-Fraktion vom 24.09.2021 betr.
Tunnelbau Ost-West-Achse
AN/2057/2021
- zurückgezogen -
- 5.2.7 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom
27.09.2021 betr.
Maßnahmen gegen Tempoverstöße
AN/2065/2021

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Umsetzung von Rasengleisen bei Sanierungen und Neubau von Gleisstrecken
Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 31.08.2021
3118/2021

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO
- 7.1.1 Aufbau der gemeinsamen Verkehrs- und Tunnelleitzentrale
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021
2797/2021
- 7.2 Sonstige Mitteilungen
- 7.2.1 Rheinpendel - Eingrenzung des Untersuchungsraumes für Machbarkeitsstudie
3058/2021

- 7.2.2 Neuer Übergang Innere Kanalstraße auf Höhe des Telekom-Verwaltungsgebäudes
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld in der Sitzung am 28.06.2021, TOP 8.1 (AN/1420/2021)
2623/2021
- 7.2.3 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 10.06.2021, TOP 6.2.2 (AN/1108/2021)
2692/2021
- 7.2.4 Tätigkeitsbericht 2020 des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung und des Amtes für Verkehrsmanagement
3266/2021
- 7.2.5 Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln (Linie 17) und Verknüpfung Linie 7
2921/2021
- 7.2.6 Barrierefreiheit Siegburger Straße und Zülpicher Platz
3274/2021
- 7.2.7 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer; bauzeitliche Verkehrsführung
3372/2021
- 7.2.8 Radverkehrsführung Kölner Ringe
Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung zu den Beschlussvorlagen 1571/2021 & 2650/2021
3391/2021
- 7.2.9 Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung
hier: Ratsbeschluss vom 06.05.2021
3403/2021
- zurückgestellt -
- 7.2.10 Ausschreibung einer/eines Fußverkehrsbeauftragten
3406/2021

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Beleuchtung der Wegeverbindung entlang der Straße "Am Baggerfeld" zwischen Esch und Pesch
Mündliche Anfrage des RM De Bellis-Olinger
- 8.2 Expressbus auf der Aachener Straße
Mündliche Anfrage des RM De Bellis-Olinger
- 8.3 Austausch der Anzeigetafeln der KVB AG
Mündliche Anfrage des SB Dr. Beese
- 8.4 Tempo 30 und Radverkehrsanlage in der Kyotostraße
Mündliche Anfrage der SE Wienke

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 23.09.2021 betr. Vorlage eines jährlichen Berichts zum Zustand der Radinfrastruktur AN/2047/2021

RM Lorenz nimmt Stellung zum eingereichten Antrag der SPD-Fraktion.

RM De Bellis-Olinger weist seitens der CDU-Fraktion darauf hin, dass der Antrag zu weitreichend sei, zumal Missstände bereits über die „Sag´s uns-App“ gemeldet werden können. Sie schlägt daher alternativ vor, den Zustand der Radinfrastruktur in den jährlichen Tätigkeitsbericht der Verwaltung aufzunehmen. Im Rahmen des Radwegesanierungsprogramms soll entsprechend berichtet werden.

Nach kurzer Diskussion lässt Ausschussvorsitzender Hammer wie folgt abstimmen:

1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Grund eines mündlichen Ersetzungsantrages von Bündnis 90/Die Grünen und CDU):

Der Zustand der Radinfrastruktur wird in den jährlichen Tätigkeitsbericht der Verwaltung aufgenommen. Im Rahmen des Radwegesanierungsprogramms soll entsprechend berichtet werden.

Die Verwaltung sollte proaktiv und öffentlich dafür werben, Mängel per App zu melden. Ergänzend dazu könnten Mitarbeiter*innen der Verkehrsüberwachung Informationen ins System einspeisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Beschluss (so geänderter Antrag der SPD-Fraktion):

Der Zustand der Radinfrastruktur wird in den jährlichen Tätigkeitsbericht der Verwaltung aufgenommen. Im Rahmen des Radwegesanierungsprogramms soll entsprechend berichtet werden.

Die Verwaltung sollte proaktiv und öffentlich dafür werben, Mängel per App zu melden. Ergänzend dazu könnten Mitarbeiter*innen der Verkehrsüberwachung Informationen ins System einspeisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

1.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. vom 04.10.2021 betr. Tempo 30 in der Kyotostraße AN/2107/2021

SE Wienke begründet den vorliegenden Dringlichkeitsantrag und wirbt um Zustimmung.

RM De Bellis-Olinger weist darauf hin, dass der Antrag durchaus hätte fristgerecht eingereicht werden können; dennoch werde die CDU-Fraktion die Zustimmung nicht verwehren.

SB Dr. Beese merkt an, dass eine Tempobeschränkung nicht nur wegen Lärmschutz sondern oftmals auch aus Sicherheitsgründen angeordnet werden; von daher schlage er vor, ein Zusatzschild mit der zeitlichen Beschränkung auf die Schulzeiten (beispielsweise Montags bis Freitags 07.00 Uhr – 17.00 Uhr) anzubringen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, bestätigt, dass dies möglich sei; die Festlegung der Tage und Uhrzeiten seien jedoch eine Einzelfallentscheidung und von Schule zu Schule unterschiedlich.

Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion):

Es wird ein Zusatzschild mit der zeitlichen Beschränkung auf die Schulzeiten (beispielsweise Montags bis Freitags 07.00 Uhr – 17.00 Uhr) angebracht.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktionen von SPD und Die Linke.

Beschluss (so geänderter Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke., AN/2107/2021):

Der Verkehrsausschuss beschließt, den Abschnitt der Kyotostraße vom Gereonswall bis Klingelpütz mit Tempo 30 auszuschildern und das Zusatzschild Lärmschutz mit der zeitlichen Beschränkung auf die Schulzeiten (beispielsweise Montags bis Freitags 07.00 Uhr – 17.00 Uhr) anzubringen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Neue Stadtbahnhaltestelle Sürth Süd auf der Linie 16 3549/2020

RM Wahlen schlägt vor, sich der Beschlussempfehlung der BV Rodenkirchen gem. Anlage 3 anzuschließen.

Geänderter Beschluss (im Sinne der Bezirksvertretung Rodenkirchen gem. Anlage 3):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) Gespräche zur Planung für die Einrichtung einer neuen Haltestelle „Sürth Süd“ für die Linie 16 im Bereich des Ströer Campus in Sürth aufzunehmen.

Die beiden Optionen für eine Lage der Haltestelle – am Bahnübergang Ströer-Allee/Mönchgüterweg oder am Bahnübergang An den Weiden – sind hinsichtlich ih-

rer Erschließungswirkung und Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen sowie die Kosten abzuschätzen.

Der Verkehrsausschuss spricht sich jedoch mit starker Tendenz für die Haltestelle „Sürth Süd“ für die Linie 16 im Bereich des Ströer Campus aus, so dass eine Prüfung der Alternative bei Machbarkeit entfallen kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.2 Baubeschluss für die Sanierung der südlichen Nebenanlagen auf der Militärringstraße zwischen Brühler Landstraße und Am Eifeltor in Köln Zollstock sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1008, Generalsanierung Radwege 1328/2021

RM Wahlen merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Ausbau bzw. Sanierung der Radwege zwar grundsätzlich begrüße. Dennoch müsse er darauf hinweisen, dass es sich hier um eine Versiegelung im Grüngürtel handle und seine Fraktion daher bis zur nächsten Sitzung geprüft haben möchte, ob alternativ zum 5 m breiten Asphaltweg ein 3 m breiter asphaltierter Radweg mit einem Grünstreifen und einem 2 m breiten wassergebundenen Fußweg eingerichtet werden könne. Zudem fragt er, welche Auswirkungen ein Verzicht auf die Entsiegelung unter der Brücke auf den landschaftspflegerischen Begleitplan hätte und ob für die etwas breitere Führung Baumfällungen nötig sein würden.

SE Fahlenbock betont, dass aus Sicht der Behindertenverbände eine Trennung von Fuß- und Radweg auf jeden Fall immer sinnvoll sei.

SB Dr. Beese erinnert an die Fragestellungen aus der letzten Sitzung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, sagt eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

➤ Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 23.11.2021 vertagt.

**3.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Expressbus-Netz
3735/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
vom 04.10.2021
AN/2111/2021**

RM Wahlen begrüßt die Verwaltungsvorlage ausdrücklich und nimmt kurz Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

RM Lorenz moniert die lange Bearbeitungsdauer des Ratsbeschlusses; dennoch freue sich auch die SPD-Fraktion außerordentlich über diese Vorlage. Den Änderungsantrag könne seine Fraktion ebenfalls mittragen. Er möchte jedoch noch wissen, wie sich die Verknüpfung zum Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) darstellen werde.

SB Dr. Beese macht darauf aufmerksam, dass diese Vorlage ein Indiz dafür sei, dass man mit dem Stadtbahnausbau nicht schnell genug vorankomme. Herrn Lorenz müsse er Recht geben; die Zeit zwischen Ratsbeschluss und Vorlage sei in der Tat zu lange. Die FDP-Fraktion werde auch dem Änderungsantrag zustimmen; dennoch sehe er die Busvorrangschaltung und die Busspuren kritisch. Es gebe kaum noch Platz in der Stadt, diese umzusetzen. Hier bleibe die Prüfung abzuwarten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, stellt klar, dass die Ergebnisse dieser Begutachtung Bestandteil des SUMP und mit einfließen werden.

Zudem weist er hinsichtlich der Kritik darauf hin, dass die Verwaltung in der Vergangenheit durchaus schon viele Expressbuslinien eingerichtet und hier einen Schwerpunkt gesetzt habe.

1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/2111/2021):

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Beauftragung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Expressbus-Netz in Köln in Höhe von ca. 160.000 Euro fest und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Vergabeverfahrens. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll ebenfalls untersucht werden, auf welchen relevanten Expressbusstrecken eine Busvorrangschaltung sinnvoll und angebracht ist.

Die zwei aus der Untersuchung hervorgehenden zu vertiefenden Buslinien werden dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Beauftragung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Expressbus-Netz in Köln in Höhe von ca. 160.000 Euro fest und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Vergabeverfahrens.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll ebenfalls untersucht werden, auf welchen relevanten Expressbusstrecken eine Busvorrangschaltung sinnvoll und angebracht ist.

Die zwei aus der Untersuchung hervorgehenden zu vertiefenden Buslinien werden dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.4 Planungsbeschluss für eine ebenerdige barrierefreie Querungsmöglichkeit über die Luxemburger Straße zur Stadtbahnhaltestelle Weißhausstraße als Ersatz für die nicht barrierefreie Brücke 1525/2021

RM Lorenz macht seitens der SPD-Fraktion darauf aufmerksam, dass bei den weiteren Planungen auch der Radverkehr nochmals besonders berücksichtigt werden sollte.

SB Dr. Beese wirft die Frage auf, wie lange der Bau dauern und wie lange demzufolge keine Querungsmöglichkeit zur Verfügung stehen werde.

SE Fahlenbock weist darauf hin, dass den Behindertenverbänden die Planungen zwar bereits vor geraumer Zeit vorgestellt wurden; allerdings wurde nicht mitgeteilt, dass

über eine Zeitspanne von mindestens zwei Jahren ein Provisorium ohne Querungsmöglichkeit errichtet werde. Sicherlich sei die jetzige Gehwegbrücke mit 8% Steigung nicht barrierefrei; Rollstuhlfahrende mit Motorunterstützung oder Personen mit Kinderwagen könnten diese Steigung jedoch aktuell durchaus bewältigen.

Er bittet nachdrücklich um Prüfung, ob die Maßnahme beschleunigt oder eine provisorische Querungsmöglichkeit errichtet werden könne.

Frau Rode, Leiterin des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, und Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, sagen zu, die Einwände zur fehlenden Querung der Luxemburger Straße mitzunehmen und zu prüfen.

Abschließend weist Herr Stieler, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, jedoch darauf hin, dass sich eine provisorische Querung eines Gleiskörpers aus seiner Sicht schwierig gestalten werde, da hier eine Genehmigung der technischen Aufsichtsbehörde erforderlich werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zunächst zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.5 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2022 - 2026
1683/2021**

RM De Bellis-Olinger schlägt seitens der CDU-Fraktion einen Wiedervorlageverzicht bei Zustimmung der Bezirksvertretungen vor.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzeptes für die Jahre 2022 bis 2026 (Anlage 2)

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen ohne Einschränkungen zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.6 Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2716/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2021
AN/2088/2021**

RM Wahlen schlägt vor, die Vorlage zunächst in die BV Ehrenfeld zu verweisen und deren Votum abzuwarten.

SB Dr. Beese korrigiert seinen Änderungsantrag dahingehend, dass es heißen muss „Fahrradstraße mit Kfz frei“.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der da lautet:

„In Punkt 3 wird das Wort „Einbahnstraßenführung“ durch das Wort „Fahrradstraße – Kfz frei“ ersetzt.“

zur Anhörung in die BV Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2412/2021

SE Vietzke bedankt sich zwar für die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung, bemängelt aber, dass auf seine Hinweise und Fragen zur fehlenden Barrierefreiheit nicht eingegangen wurde. Die Gehwege erfüllen nicht die Mindestbreite; auch die Pflastersteine und Fugen seien nicht für mobilitätseingeschränkte Personen geeignet. Er bittet um Prüfung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der weiteren externen Ingenieur- und Dienstleistungen (HOAI, Leistungsphasen 1 bis 9) zur Realisierung der Maßnahme „Vierspuriger Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven“ mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6604-1201-7-1002, vierspuriger Ausbau Frankfurter Straße, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen 3728/2020

SB Pargmann bedankt sich zunächst für die Stellungnahme der Verwaltung, kündigt jedoch weitere Fragen an, die er schriftlich nachreichen werde. Zudem beantragt er, die Beschlussfassung heute erneut zu vertagen. Die BV Porz habe zunächst um ein Fachgespräch mit der Verwaltung gebeten. Er bittet, die verkehrspolitischen Sprecher/innen hier dazu zuzuladen.

Hinweis: Die Fragen wurden im Nachgang zur Sitzung wie folgt übermittelt:

„Verlagerungseffekte sind so vielseitig und weitreichend, dass sie durch keine Simulation dargestellt werden können. Für die Berechnung des nötigen Einzugsgebietes

bräuchte es einen Supercomputer. Wir würden uns über eine exemplarische Darstellung des Problems freuen.

Können Sie Straßenverbreiterungen auf dem Kölner Stadtgebiet nennen, welche vor 10-20 Jahren verbreitert wurden, bei denen die Straßenverbreiterung nachhaltig zu einer Verbesserung des Verkehrs geführt hat? Wenn ja, welche Effekte sehen Sie, die diese Entwicklung begünstigt haben?

In diesem Zusammenhang: Was schätzt die Verwaltung, wie häufig führt auf Kölner Stadtgebiet eine Straßenverbreiterung in einem Zeitraum von 20 Jahren zu einer Verschlechterung des Verkehrs? Können Sie den in der Studie "Congestion in Highways When Tolls and Railroads Matter: Evidence From European Cities"

(https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3785888) mehrheitlich negativen Effekt auch für Köln bestätigen?

Um die Fragestellung an einem konkreten Beispiel zu erläutern: Wie lange brauchte man vor dem mehrspurigen Ausbau der Rodenkirchener Brücke zur Hauptverkehrszeit über diese? Wie lange braucht man heute auf derselben Strecke? Wie war die zeitliche Entwicklung?

Desweiteren schreiben Sie "Es ist zu beachten, dass aber durch bereits erfolgte Stadtentwicklungsmaßnahmen im Umfeld, z. B. die Erweiterung der Gewerbegebiete, eine gestiegene Nachfrage ohne Ausbaumaßnahmen an der Straßeninfrastruktur entstanden ist."

Genau solche Ansiedlungen sind einer der Haupttreiber des Fundamental Law of Traffic Congestion. Dessen Ursache haben Sie korrekt zusammengefasst, doch dessen Wirkung haben Sie in Ihrer Aussage vernachlässigt. In Japan konnte gezeigt werden (<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0094119014000126>), dass sich bei Straßenverbreiterungen durchschnittlich eine Fahrzeitverschlechterung von 20-35 Prozent ergibt. Menschen brauchen pro gefahrenem Kilometer länger als vor dem Ausbau! Das heißt, der Ausbau verschlechtert langfristig die Anbindung an die Innenstadt

Wurde eine solche Retrospektive jemals für Köln durchgeführt? Wenn nein, sollte dies nicht getan werden, bevor wir weiter Straßen ausbauen? Wären andere Ansätze zur Verkehrsentslastung, etwa über den Pigou-Knight-Downs-Zusammenhang, oder einfach den Ausbau der Fahrradinfrastruktur, sinnvoller?

Können Sie uns Beispiele aus der Fachliteratur nennen, bei denen gezeigt werden konnte, dass eine Straßenverbreiterung langfristig zu einer CO₂-Reduzierung geführt hat? Zum Gegenteiligen findet man hunderte Beispiele (<https://www.nber.org/papers/w15376>, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0094119014000126>, <https://www.oru.se/hh>, <https://econpapers.repec.org/paper/iebwpaper/doc2020-11.htm>). Bei allen genannten Quellen handelt es sich um unabhängige Wirtschaftsinstitute aus der gesamten Welt. Sie alle geben die Empfehlung, zur Staureduzierung Straßen nicht zu verbreitern. Neben der schlechten CO₂-Bilanz und der Verschlechterung der Fahrzeit ist einer der Hauptaspekte der ökonomische Schaden.

Sollte es zu einer Verschlechterung des Verkehrs um 20-30 Prozent kommen, wie hoch wird der über den Bau hinausgehende wirtschaftliche Schaden geschätzt?

Zuletzt: Sie wollen ein Ingenieurbüro mit dem Verkehrsgutachten beauftragen. Handelt es sich bei dem Planungsbüro um ein anderes Ingenieurbüro, als jenes, was später mit der Umsetzung beauftragt wird? Wie stehen die beiden Büros in Beziehung?"

➤ Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 23.11.2021 vertagt.

4.3 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung 2622/2021

Ausschussvorsitzender Hammer bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführlichen Stellungnahmen, insbesondere die grafischen Darstellungen. Dies sei eine gute Grundlage für die Entscheidungsfindung.

RM De Bellis-Olinger schließt sich diesem Dank nachdrücklich an und schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da noch Beratungsbedarf bestehe. Die Ausführungen der Verwaltung halte sie jedoch für nicht eindeutig genug, beispielsweise zu den Anregungen der BV Rodenkirchen hinsichtlich der Ersatzflächen für die Bauern, der Anlage von Blühstreifen und dem Artenschutz. Hier sei sicherlich auch das Votum der Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün von Interesse.

SB Dr. Beese hingegen hält die Beantwortungen auf die Fragestellungen der BV Rodenkirchen für ausreichend klar und nachvollziehbar. Die FDP-Fraktion beantrage daher den Text des Beschlussvorschlages abzuändern in „...der Variante H gem. Anlage 13..“.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, führt aus, dass die Verwaltung alle derzeit bekannten und vorliegenden Argumente und Fakten ausführlich in den weiteren Stellungnahmen dargelegt habe. Sollte die neue Variante H beschlossen werden, müssten natürlich zunächst weitere detailliertere Ausarbeitungen erfolgen. Klar sei, dass Variante H große Nachteile und stärkere Eingriffe in Bezug auf Natur- und Artenschutz aufweise; insbesondere auch weil ein zusätzliches Regenrückhaltebecken erforderlich werde. Sollten hier Klagen seitens der Umweltverbände oder der Bewohner*innen von Immendorf gegen diese Variante eingereicht werden, seien die Erfolgsaussichten relativ gut – so die erste Einschätzung der Juristen. Dies müsse man sich bei der Entscheidungsfindung vor Augen führen.

RM De Bellis-Olinger merkt an, dass sie die Bedenken der Verwaltung teile und wirft die Frage auf, wie viel Zeit die Verwaltung benötigen werde, eine neue Planung mit allen Erfordernissen aufzusetzen – unabhängig von etwaigen Klagen. Man dürfe nicht vergessen, dass der Wohnungsbau erst dann starten könne, wenn gleichzeitig auch die Infrastruktur geschaffen werde.

Vorsitzender Hammer weist darauf hin, dass es letztendlich eine politische Entscheidung sei. Jede Fraktion wisse sicherlich, welche Risiken welche Variante beinhalte.

Herr Harzendorf sagt zu, weitere Informationen bis zur Ratssitzung vorzulegen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Hammer den eingangs gemachten Verweisungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

➤ Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**4.4 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021**

➤ Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 23.11.2021 vertagt.

**4.5 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
2314/2021**

RM Lorenz beantragt für die SPD-Fraktion, die Vorlage ohne Votum zu verweisen.

➤ Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**4.6 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Ersatzneubau Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld
2591/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 04.10.2021
AN/2110/2021**

Ausschussvorsitzender Wahlen verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt sowie auf die ergänzende Beschlussfassung der BV Ehrenfeld (neue Ziffern 3, 4 und 5).

RM Wahlen teilt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass Ziff. 3 und 4 der BV Ehrenfeld übernommen werden sollten; Ziff. 5 der BV Ehrenfeld möchte er durch den Änderungsantrag AN/2110/2021 ersetzen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, führt auf Nachfrage des SB Dr. Beese aus, dass es bereits eine Planung zum Abbau der Lichtsignalanlage gebe. Da die Liebigstraße jedoch keine Hauptverkehrsstraße sei, wurden die Planungen mit der BV Ehrenfeld abgestimmt. Er könne anbieten, die Planungen dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis vorzulegen.

Vorsitzender Hammer lässt dementsprechend abstimmen.

1. Beschluss (mündlich geänderter Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/2110/2021, der Ziffer 5 der Beschlussempfehlung der BV Ehrenfeld ersetzt; ergänzt durch die Ziffern 3 und 4 der Beschlussempfehlung der BV Ehrenfeld):

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Die Wiederherstellung der Oberfläche wird nach den Maßgaben des Radverkehrskonzeptes Ehrenfeld geplant und wird in die noch zu beschließende Gesamtneugestaltung der Liebigstraße eingebettet.

Die Planungen zur Oberflächengestaltung der Brücke Liebigstraße sind der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es soll geprüft werden, ob für die bestehenden Ampelanlagen eine Alternative eingeplant werden kann. Bei der Aufteilung und Breite des Straßenraums soll ein möglichst komfortabler Übergang zwischen den beiden Grünbereichen geschaffen werden. Die Ausführungsplanungen werden dem Ausschuss *zur Kenntnis* vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion und Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion

2. Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf fest, die Planung, den Abbruch und den Neubau der Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld durchzuführen und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme mit einem Totalunternehmer (TU) bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus umzusetzen. Gemäß vorläufiger Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtkosten auf rund 7,70 Mio. € brutto (inklusive Planungsleistungen).
2. Gleichzeitig beschließt der Rat vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 3,00 Mio. € im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahnbau, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6901-1202-4-0400, Ersatzneubau Brücke Liebigstraße, Hpl. 2022.
3. Die Wiederherstellung der Oberfläche wird nach den Maßgaben des Radverkehrskonzeptes Ehrenfeld geplant und wird in die noch zu beschließende Gesamtneugestaltung der Liebigstraße eingebettet.
4. Die Planungen zur Oberflächengestaltung der Brücke Liebigstraße sind der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Es soll geprüft werden, ob für die bestehenden Ampelanlagen eine Alternative eingeplant werden kann. Bei der Aufteilung und Breite des Straßenraums soll ein möglichst komfortabler Übergang zwischen den beiden Grünbereichen geschaffen werden. Die Ausführungsplanungen werden dem Ausschuss *zur Kenntnis* vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.7 Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2812/2021

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 20. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der beigefügten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung und Finanzierung von hochflurigen Stadtbahnwagen 3243/2020

SE Fahlenbock berichtet, dass den Behindertenverbänden bereits anhand eines Modells seitens der KVB AG vorgestellt wurde, wie Mobilitätseingeschränkte beispielsweise mit Rollstühlen in die Fahrzeuge hineinkommen und mittels VR-Brillen, wie die Fahrzeuge aussehen. Weitere Abstimmungen hinsichtlich Farbgebung und Kontraste sollen folgen. Er möchte sich hierfür bei der KVB AG nachdrücklich bedanken und hofft, dass die gute Zusammenarbeit anhalten werde.

RM Kircher signalisiert seitens der SPD-Fraktion Dank und Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, wirft dennoch noch einige Fragen auf. So sei ihm nicht klar geworden, wie die Finanzierung der Stadtbahnwagen erfolgen und wie die Wagen aussehen werden, eine grafische Darstellung mit Angaben von Bahn- und zukünftigen Haltestellenlängen wäre wünschenswert gewesen. Von Interesse sei auch, wie bei den Bahnsteiglängen das Ein- und Ausstiegsproblem mit den Trittstufen gelöst werde. Hier möchte er auch die Kosten benannt haben.

Zudem fragt er nach dem Sachstand über die umgebauten Haltestellen und weist darauf hin, dass ihm auch ein Zeitplan fehle.

Er bittet, die aus Sicht der SPD-Fraktion etwas minimalistische Beschlussvorlage entsprechend zu ergänzen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, führt aus, dass die Finanzierung der Eigenanteile umfangreich in der Vorlage dargelegt sei. Dies sei Voraussetzung für die Ausschreibung. Da die KVB AG noch über kein Fahrzeug verfüge, habe auch keine grafische Darstellung vorgelegt werden können. Beschlüsse für die barrierefreie Verlängerung bestimmter Haltestellen oder auch den Ausbau bestimmter Haltestellen auf 60 m Nutzlänge – bei ca. 70 m langen Fahrzeugen - werden in dieser Wahlperiode sukzessive eingeholt.

Er sagt zu, weitere schriftliche Ausführungen nachzureichen.

Ausschussvorsitzender Hammer merkt an, dass diese Diskussionen auch bereits im Aufsichtsrat der KVB AG geführt wurden. Zudem können viele Informationen auch der neu hochgeladenen Broschüre „Ausbau des Kölner ÖPNV-Netzes“ entnommen werden, wenngleich diese nicht die ordentliche Beratung und Beschlussfassung im Rat ersetzen solle.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Ersatzbeschaffung von 132 Stadtbahneinheiten (66 Züge) der Serien 2200/2300 und 5100 sowie die Beschaffung von 34 Zwischenmodulen für die Kapazitätserweiterung auf den Linien 4, 13 und 18. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass weitere 60 Stadtbahneinheiten (30 Züge) und 23 Zwischenmodule für Leistungsausweitungen (unter anderem auf Basis der ÖPNV-RoadMap der Stadt Köln) zusammen mit der vorgenannten Ersatzbeschaffung als Optionen ausgeschrieben werden. Über den späteren Abruf dieser optionalen Leistungen für die Kapazitätserweiterungen entscheidet der Rat jedoch gesondert. Die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt entsprechender Gremienbeschlüsse der KVB.

2. Der Rat nimmt die im Zusammenhang mit dem oben genannten Investitionsvorhaben stehenden (Projekt HFX) finanziellen Folgeauswirkungen und die daraus resultierende, nach heutigem Kenntnisstand prognostizierte Erhöhung des Jahresdefizites um rd. 40,8 Mio. € im Jahr 2035 zur Kenntnis. Davon betreffen 18,5 Mio. € die Beschaffung der zu ersetzenden 132 Serienfahrzeuge sowie der 34 Zwischenmodule für die Kapazitätserweiterung auf den Linien 4, 13 und 18 und 22,3 Mio. € die optionalen Stadtbahneinheiten für noch nicht beschlossene Leistungsausweitungen.
3. Der Rat beschließt ferner, der KVB zur Finanzierung der Stadtbahnbeschaffung Gesellschafterdarlehen bis zu einem Volumen von 580 Mio. Euro zu Kommunalkreditkonditionen zur Verfügung zu stellen und beauftragt die Verwaltung, hierfür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Über die Finanzierung eines eventuellen Abrufs der auszuschreibenden Optionen entscheidet der Rat gesondert.
Die notwendige zukünftige Mittelbereitstellung wird auf Basis des von der KVB vorgelegten Zahlungsplanes entsprechend im Rahmen der Hpl.-Anmeldungen ab Hj. 2024 im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in der Teilfinanzplanzeile 12 als Ausleihung – Auszahlungen für sonstige Investitionsauszahlungen- zu berücksichtigen sein.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Parkhäuser in der Innenstadt

Anfrage des Seniorenvertreters Meurers vom 22.07.2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.1.2 Künftige Förderung von Quartiersgaragen AN/1759/2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Anfrage von Die Fraktion vom 13.09.2021 betr. Winterdienst des Radwegenetzes AN/1955/2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2.2 Anfrage von Die Fraktion vom 13.09.2021 betr. Potenzialanalyse Rheinpendel AN/1958/2021

**Beantwortung der Anfrage AN/1958/2021
3422/2021**

Hinweis: Die Anfrage wird wegen Sachzusammenhangs zusammen mit TOP 7.2.1, Rheinpendel – Eingrenzung des Untersuchungsraumes für Machbarkeitsstudie - behandelt.

SB Pargmann fragt nach, warum hier lediglich eine Mitteilung und keine Beschlussvorlage gefertigt wurde.

Herr Höhn, Vertreter der KVB G, informiert, dass dieses Vorgehen mit der Verwaltung zum Einen als Ergebnis eines interfraktionellen Gesprächs und zum Anderen zur Beschleunigung des Projektes abgesprochen wurde. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie bleibe nun abzuwarten und werde den Gremien zu gegebener Zeit vorgelegt.

RM Syndicus gibt folgende Anmerkung zu Protokoll:

„Im Ratsbeschluss AN/0357/2019 vom 26.03.2019 heißt es unter Punkt 1 "In einem ersten Schritt soll die Verwaltung gemeinsam mit der KVB eine erste Einschätzung durch ein externes Verkehrsplanerbüro einholen. Diese umfasst den Nutzungsbedarf, eine grobe Kostenschätzung, einen Vorschlag zur Streckenoptimierung."

Punkt 2 legt anschließend fest: "Anhand der Ergebnisse wird die Verwaltung dem Verkehrsausschuss einen Vorschlag für das weitere Vorgehen hin zu einer möglichen Realisierung machen."

Meiner Auffassung nach würde dies nicht nur eine transparente Darstellung u.a. des Vorschlages zur Streckenoptimierung bedeuten, sondern vor allem einen weiteren Beschluss durch die gewählten Vertreter*innen im Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Köln.

Im Rahmen der heutigen Sitzung erhalten wir nun lediglich folgende Mitteilung 3058/2021 der Stadtverwaltung: Diese "beauftragt die KVB im Rahmen der bereits erteilten Kostenübernahme eine Ausschreibung der technischen Machbarkeitsstudie inklusive einer Kostenermittlung durchzuführen und zu vergeben."

Ein von der KVB noch 2020 angekündigter Seilbahndialog mit Ingenieurbüros hat nicht stattgefunden und das bisherige Verfahren scheint unserer Ansicht nach der Komplexität und Chancen eines ergänzenden ÖPNVs durch Seilbahnsysteme insb. für den Norden oder auch Süden der Stadt nicht gerecht zu werden.

Wenn nach einer sehr eng ausgerichteten Potentialanalyse rein auf dem ersten, frühen Entwurf von GUT durchgeführten Potentialanalyse keine politische Auseinandersetzung zu diesem weichenstellenden Zeitpunkt erfolgen sollte, kann dies den Anfang eines frühen Endes einer attraktiven Mobilitätsoption bedeuten.“

**5.2.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.09.2021 betr.
KVB-Fahrgastunterstände
AN/1971/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.09.2021 betr.
Verkehrliche Umgestaltung eines Teilbereiches am Ehrenfeldgürtel
AN/2012/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.5 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.09.2021 betr.
Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen
AN/2013/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.6 Anfrage der Volt-Fraktion vom 24.09.2021 betr.
Tunnelbau Ost-West-Achse
AN/2057/2021**

Die Anfrage wurde zurückgezogen.

**5.2.7 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom
27.09.2021 betr.
Maßnahmen gegen Tempoverstöße
AN/2065/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Umsetzung von Rasengleisen bei Sanierungen und Neubau von Gleisstrecken
Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 31.08.2021
3118/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO

**7.1.1 Aufbau der gemeinsamen Verkehrs- und Tunnelleitzentrale
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021
2797/2021**

Auf Nachfrage des SB Dr. Beese informiert Herr Stieler, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, dass die Räume funktional eingerichtet wurden und die Mitarbeitenden ihren 24-Stunden-Dienst versehen können. Sukzessive werden Funktionen auf die Zentrale aufgeschaltet. Die Verwaltung werde berichten, sobald die volle Funktionsfähigkeit der 1. Stufe erreicht sei. Weitere Kostenerhöhungen seien nicht zu erwarten, da die Baumaßnahme abgeschlossen sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

7.2 Sonstige Mitteilungen

7.2.1 Rheinpendel - Eingrenzung des Untersuchungsraumes für Machbarkeitsstudie 3058/2021

Hinweis: Die Mitteilung wurde wegen Sachzusammenhangs zusammen mit der Anfrage unter TOP 5.2.2 – Potenzialanalyse Rheinland behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.2 Neuer Übergang Innere Kanalstraße auf Höhe des Telekom-Verwaltungsgebäudes hier: Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld in der Sitzung am 28.06.2021, TOP 8.1 (AN/1420/2021) 2623/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.3 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 10.06.2021, TOP 6.2.2 (AN/1108/2021) 2692/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.4 Tätigkeitsbericht 2020 des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung und des Amtes für Verkehrsmanagement 3266/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.5 Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln (Linie 17) und Verknüpfung Linie 7 2921/2021

RM Lorenz möchte sich hier bei der Bezirksvertretung Porz bedanken, die sich seiner Zeit für eine Verknüpfung der Linie 7 mit der Linie 17 stark gemacht habe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.6 Barrierefreiheit Siegburger Straße und Zülpicher Platz 3274/2021

SE Fahlenbock bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme und die zeitliche Perspektive. Zudem äußert er die seine Erwartung, dass auch bei den Maßnahmen Venloer Straße und Neusser Straße beispielsweise die Barrierefreiheit von Anfang an mit eingeplant werde und andernfalls Zeitpläne benannt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.7 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer; bauzeitliche Verkehrsführung 3372/2021

SE Fahlenbock merkt an, dass die Umleitung in den verschiedenen Bauphasen insbesondere für Rollstuhlfahrende und Sehbehinderte/Blinde sehr kompliziert und schwierig wirke. Zu dem in der Mitteilung erwähnten Ortstermin des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung mit der Bezirksvertretung Innenstadt – zur Maßnahme „Am Leystapel“ -bitte er Vertreter/innen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mit einzuladen.

Vorsitzender Hammer fügt ergänzend hinzu, dass auch die Sprecher/innen des Verkehrsausschusses hieran teilnehmen und diese Erkenntnisse ggf. in das Umleitungskonzept für die hier in Rede stehende Maßnahme „Kragplatte“ mit einfließen sollten.

SE Wienke erkundigt sich nach der Freigabe des Rheinfertunnels für Radfahrende.

Frau Rode, Leiterin des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, sichert zunächst zu, etwaige vereinbarte Optimierungsvorschläge aus dem Ortstermin zu übernehmen. Zur Freigabe des Rheinfertunnels habe die Verwaltung bereits vor einigen Sitzungen ausführlich Stellung im hiesigen Ausschuss bezogen. Hier gebe es keinen neuen Sachstand.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

7.2.8 Radverkehrsführung Kölner Ringe Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung zu den Beschlussvorlagen 1571/2021 & 2650/2021 3391/2021

SE Wienke merkt an, dass die vorgenommene Verkehrsmessung keine Aussagekraft habe, da die Angaben für den Fuß- und Radverkehr fehlen. Die Ampelschaltung für Fuß- und Radverkehr sei immer - 24 Stunden lang - unter D. Dies sollte in die Betrachtung mit aufgenommen werden.

Auch die Angaben zur Von-Werth-Straße seien ihrer Auffassung nach gegenstandslos. Aktuell werde die Christophstraße umgebaut. Der freilaufende Rechtsabbieger Von-Werth-Straße, der von der Christophstraße zum Hansaring führt, sei für den rechtsabbiegenden Verkehr gesperrt und werde das auch zukünftig sein. Daher könne es keinen Rückstau seitens der Von-Werth-Straße mehr geben.

Trotz Verbots würden jedoch viele weiter die Durchfahrt durch die Tempo 30-Zone, die auch Fahrradstraße ist, nutzen. Hier wäre eine Durchfahrtssperre sinnvoll, um Radfahrer*innen nicht derartigen Gefahrensituationen auszusetzen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

7.2.9 Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung hier: Ratsbeschluss vom 06.05.2021 3403/2021

Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

7.2.10 Ausschreibung einer/eines Fußverkehrsbeauftragten 3406/2021

RM Lorenz wirft die Frage auf, warum für diese Stelle ein Ingenieur/eine Ingenieurin gesucht werde und nicht beispielsweise ein/e Urbanist/in oder Geograf/in, zumal ein Ingenieur/eine Ingenieurin mit der Besoldung A11 kaum zu finden sei.

SE Wienke schließt sich diesen kritischen Fragestellungen an.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, räumt ein, dass es sicherlich schwierig werde, jemanden für diese Stelle zu finden. Der Studiengang Ingenieurwesen sei jedoch nicht zwingend, wie dem Ausschreibungstext entnommen werden konnte.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Beleuchtung der Wegeverbindung entlang der Straße "Am Baggerfeld" zwischen Esch und Pesch
Mündliche Anfrage des RM De Bellis-Olinger**

RM De Bellis-Olinger nimmt Bezug auf die Vorlage 2324/2018 und bittet die Verwaltung, sich erneut mit dem zuständigen Landesbetrieb Straßen in Verbindung zu setzen und die BV Chorweiler hierüber zu informieren. Bedauerlicher Weise waren die bisherigen Bemühungen zur Errichtung einer tiersensitiven Beleuchtung offensichtlich erfolglos.

Herr Stieler, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, berichtet, dass der dortige Straßenquerschnitt unbefriedigend sei und es häufig zu Konfliktsituationen komme, so dass die Bezirksvertretung den Wunsch nach einer Beleuchtung geäußert habe. Der Landesbetriebe habe zwar zugesagt, diese Straße regelkonform auszubauen – allerdings ohne Angabe eines zeitlichen Rahmens. Die Stadt Köln würde hier für eine Beleuchtung auf freiwilliger Basis zahlen, die im Endeffekt dann nach Ausbau der Straße nicht mehr benötigt werde. Die Problemsituation sei nachvollziehbar, aber auf Grund der haushaltsrechtlichen Situation derzeit nicht zu optimieren. Er werde das Thema jedoch erneut mit dem Landesbetrieb besprechen.

**8.2 Expressbus auf der Aachener Straße
Mündliche Anfrage des RM De Bellis-Olinger**

RM De Bellis-Olinger berichtet von ihren Beobachtungen, dass der Parkstreifen nicht nur während der Busverkehrszeiten zugeparkt werde sondern darüber hinaus auch viele Anwohnende ihre Mülltonnen dort abstellen, was zu unnötigen Verzögerungen im Busverkehr führt. Sie bittet die Verwaltung an die Abfallwirtschaftsbetriebe mit der Bitte heranzutreten, die Anwohnenden entsprechend anzuschreiben.

**8.3 Austausch der Anzeigetafeln der KVB AG
Mündliche Anfrage des SB Dr. Beese**

SB Dr. Beese berichtet, dass der Austausch der Anzeigetafeln in den U-Bahn-Stationen offensichtlich schneller vorangehe als von Frau Haaks in der letzten Sitzung befürchtet. Was jedoch noch nicht optimal funktioniere, seien die großflächigen Anzeigetafeln aller Verbindungen an den oberirdischen Stationen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, informiert, dass die Technik zur Informationsbereitstellung gerade modernisiert werde und er aber hoffe, dass allen Fahrgästen zeitnah alle Informationen in guter Performance und zufriedenstellend angezeigt werden.

**8.4 Tempo 30 und Radverkehrsanlage in der Kyotostraße
Mündliche Anfrage der SE Wienke**

SE Wienke erinnert an die Radverkehrsnetzplanung aus 2007, nach der vorgesehen war, auf der Kyotostraße Tempo 30 und eine Radspur einzuführen. Dies wurde in Sitzungen der BV Innenstadt mehrmals per Beschluss bekräftigt. Zur sicheren Querung zum Hansagymnasium wurde 2017 zudem die Errichtung einer Ampel beschlossen, die nach Aussage der Verwaltung im Herbst realisiert werden soll. Sie bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstand zur Radverkehrsnetzplanung und der Einführung von Tempo 30.

II. Nichtöffentlicher Teil

--

gez. Lino Hammer

(Ausschussvorsitzender)

gez. Angela Krause

(Schriftführerin)